**Niederschrift
zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Geest und Marsch
Südholstein (öffentlich)**

Sitzungstermin: Donnerstag, den 26.04.2018

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 22:35 Uhr

Ort, Raum: Feuerwache Hetlingen, Hauptstraße 63, Hetlingen

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Ba-		
naschak	CDU	
Herr Dirk Behnisch	SPD	
Herr Jörg Behrmann	CDU	
Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke GuB		
Herr Herwigh Heppner	FWH	
Herr Bürgermeister Rolf Herrmann	CDU	
Frau Bettina Homeyer	CDU	
Herr Uwe Hüttner	CDU	
Herr Ernst-Heinrich Jürgensen	SPD	
Frau Jutta Kaufmann	FDP	
Herr Gunter Kuchler	FWH	
Herr Walter Lorenzen	SPD	
Herr Hans-Peter Lütje	CDU	
Herr Hans Martens	SPD	
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU	
Frau Heidrun Osterhoff	FDP	
Herr Georg Plettenberg	CDU	
Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet	SPD	
Herr Michael Rahn-Wolff	FW	
Frau Bürgermeisterin Monika Riekhof	CDU	
Herr Bürgermeister Walter Reißler	CDU	Vorsitzender
Herr Horst Schaper	CDU	
Herr Jörg Schneider	Bündnis	
90/Die Grünen		
Herr Bürgermeister Uwe Schölermann	CDU	
Herr Dietmar Voswinkel	SPD	
Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg	CDU	

Herr Sören Weinberg CDU

Gäste

Herr Torsten Wölm

Mitglied des Vorstandes der
Raiffeisenbank Elbmarsch eG
26

Zuhörer

Presse

Regionalausgabe Pinneberg
Wedel-Schulauer Tageblatt

Herr Pöhlzen
Frau Stange

Protokollführer/-in

Herr Frank Wulff

Verwaltung

Frau Nicole Förthmann

Personalratsvorsit-
zende

Herr Rainer Jürgensen
Frau Christine Neermann

Gleichstellungsbeauf-
tragte

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Frank Büchner	SPD
Herr Dr. Boris Steuer	SPD
Frau Viola Weiß	Bündnis
90/Die Grünen	

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 11.04.2018 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 13 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Im Vorwege zur Sitzung wurde über die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrages zur Verletzung der Nichtöffentlichkeit gebeten. Herr Jürgensen begründet kurz den Antrag. Herr Rahn-Wolff ist der Meinung, dass es wichtigere Angelegenheiten als diese geben würde, mit denen sich der Amtsausschuss bzw. die Amtsverwaltung beschäftigen müssen. Außerdem beruft er sich auf die Pressefreiheit und das Recht zur Verwertung von Informationen aus nichtöffentlichen Sitzungsteilen seitens der Presse.

Herr Reißler lässt anschließend wie folgt über die Aufnahme des Tagesordnungspunktes abstimmen:

17 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Antrag hat damit nicht die erforderliche Mehrheit von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder (29) erreicht. Herr Jürgensen kündigt an, dass der Antrag auf Verfolgung der Verletzung der Nichtöffentlichkeit auch ohne die Beschlussfassung gestellt wird. Dazu sei er als Amtsdirektor verpflichtet; wie aus der Beschlussvorlage zu entnehmen sei, sei es nur ein Entgegenkommen gewesen, das Votum des Amtsausschusses einzuholen.

Frau Kaufmann stellt den Antrag (Protokollanlage 1), den TOP 13.1. von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Sie begründet den Antrag mit der Auffassung, dass es um ein sehr großes und finanziell sehr belastendes Vorhaben gehe und dass dieses ohne jegliche Informationen beschlossen werden solle. Es seien mehr Hintergrundinformationen notwendig. Herr Herrmann antwortet, dass der Hauptausschuss bereits diesen Punkt beraten hat. Aus der Beratung dort sei erkennbar, dass von einer umgehenden Umsetzung des Vorhabens überhaupt nicht die Rede sein könne. Es gehe lediglich um die Fortsetzung konkreter Verhandlungen. Herr Herrmann ist der Meinung, dass man das Wort „verbindlich“ vielleicht aus der Formulierung des Tagesordnungspunktes entfernen sollte.

Herr Rahn-Wolff bekräftigt den Antrag von Frau Kaufmann. Eine heutige Beschlussfassung sei aufgrund fehlender Informationen nicht möglich.

Herr Jürgensen antwortet, dass es heute lediglich um eine Beschlussfassung über die Weiterführung konkreter Verhandlungen gehe. Es gehe nicht darum, eine Art und Weise der Errichtung eines möglichen Neubaus des Amtshauses zu beschließen.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gibt es nicht.

Herr Reißler stellt den Antrag mit dem Hinweis zur Abstimmung, dass aufgrund der Feststellung, dass das der letzte Antrag zur möglichen Änderung der Tagesordnung war, im Umkehrschluss nach der sich dann ergebenden Tagesordnung inklusive der Aufteilung in den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil verfahren wird.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Herr Reißler stellt die endgültige Annahme der Tagesordnung fest.

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

Tagesordnung:

1. Ehrungen
2. Bericht des Amtsdirektors
3. Bericht des Amtsvorstehers
4. Einwohnerfragestunde
5. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

6. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0061/2018/AMT/BV
7. Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 2. Halbjahr 2017
Vorlage: 0062/2018/AMT/BV
8. Prüfung der Jahresrechnung 2017 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt
Vorlage: 0063/2018/AMT/BV
9. Schul-WC-Sanierungsprogramm 2018
Vorlage: 0052/2018/AMT/BV
10. Haushaltssatzung 2018
Vorlage: 0064/2018/AMT/HH
11. Investitionsprogramm 2017-2021
12. Verschiedenes
14. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Protokoll:

zu 1 Ehrungen

Vor Eintritt in diesen Tagesordnungspunkt übergibt Herr Reißler das Wort an Frau Riekhof als Bürgermeisterin der gastgebenden Gemeinde. Frau Riekhof begrüßt alle Anwesenden und berichtet kurz über die Gemeinde Hetlingen und einige aktuelle Projekte der Gemeinde.

Frau Ehmke und Frau Homeyer werden anschließend anlässlich ihrer 15-jährigen Mitgliedschaft im Amtsausschuss von Herrn Reißler geehrt. Herr Voswinkel wird anlässlich seiner 20-jährigen Mitgliedschaft geehrt. Alle geehrten Mitglieder bedanken sich anschließend mit kurzen Worten für die Ehrung.

Herr Lütje ehrt anschließend in seiner Funktion als 1. stellvertretender Amtsvorsteher Herrn Reißler für dessen 40-jährige Mitgliedschaft im Amtsausschuss. Herr Reißler bedankt sich für die Ehrung. Das Mandat als Mitglied des Amtsausschusses sowie das Amt des Amtsvorstehers habe ihm immer viel Spaß bereitet und es sei auch vieles Positives für das Amt erreicht worden. Er sei immer stolz auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewesen.

zur Kenntnis genommen

zu 2 Bericht des Amtsdirektors

Vor dem Bericht des Amtsvorstehers bittet Herr Reißler um Ehrung verstorbener Mitglieder des Amtsausschusses. Im Alter von 69 Jahren ist Herr Manfred Ahrendt verstorben. Herr Ahrendt war Mitglied des Amtsausschusses von 1978 bis 1981. Im Alter von 77 Jahren ist Frau Erika Konrad verstorben. Frau Konrad war Mitglied des Amtsausschusses von 1973 bis 1978. Völlig unerwartet ist im Dezember 2017 das aktive Mitglied Werner Fitzner im Alter von 66 Jahren verstorben. Er gehörte dem Amtsausschuss seit dem 01.06.2008 an und zeichnete sich insbesondere durch seine sachlichen Wortbeiträge aus. Der Amtsausschuss gedenkt den genannten Personen mit einer Schweigeminute.

Anschließend berichtet Herr Jürgensen gemäß **Protokollanlage 2**.

zur Kenntnis genommen

zu 3 Bericht des Amtsvorstehers

Herr Reißler berichtet gemäß **Protokollanlage 3**.

zur Kenntnis genommen

zu 4 Einwohnerfragestunde

Es wird gefragt, warum so wenige Tage vor der Kommunalwahl eine solch wichtige Entscheidung bezüglich der Zukunft des Amtshauses getroffen werden muss. Man sollte die Entscheidung vertagen und auf die neuen Mitglieder des Amtsausschusses warten. Herr Reißler antwortet, dass dieser Sitzungstermin bereits zu Beginn des Jahres im Jahressitzungsplan terminiert war und dass es heute keine Entscheidung sei, die die Richtung bezüglich der Errichtung des Amtshauses vorgeben würde.

Es wird weiter gefragt, warum es keine Informationen für die Einwohnerschaft über den Inhalt der heutigen Beratungen zum Amtshaus geben würde. Herr Jürgensen antwortet, dass aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nichtöffentlich beraten werden muss. Das Ergebnis der Beratungen wird dann öffentlich bekanntgegeben.

Es wird gefragt, ob den anwesenden Mitgliedern des Amtsausschusses Unterlagen für die heutige nichtöffentliche Beratung zur Thematik Amtshaus vorliegen würden. Herr Neumann bittet um das Wort und teilt mit, dass man nunmehr seit 2,5 Jahren über die Angelegenheit Amtshaus be-

raten würde. Es habe einstimmige Beschlüsse zu Personal- und Raumkonzepten gegeben. Es gab einen mehrheitlichen Beschluss für einen Neubau und einen einstimmigen Beschluss für einen Aufnahme von Verhandlungen mit der Raiffeisenbank Elbmarsch eG. Alle Fakten wurden seitens der Verwaltung aufbereitet und in jeder Sitzung umfassend vorgestellt. Kein Mitglied des Amtsausschusses könne sich daher darüber beschweren, nicht genügend informiert zu sein. Jedes Mitglied sollte außerdem so stark sein, sein Mandat dahingehend auszuüben, sich selbst immer umfassend zu informieren und auch offen über die Angelegenheit zu diskutieren. Insofern sei es auch unsinnig, auf die neue Zusammensetzung des Amtsausschusses zu warten.

Herr Rahn entgegnet, dass Herr Neumann zu dem Personenkreis gehören würde, der umfangreich informiert ist. Das ergebe sich aufgrund seiner Aufgaben und seiner Beteiligungen. Er selbst habe ungenügende Informationen. Es gebe keine Wirtschaftlichkeitsberechnung und keine Beschlussvorlage. Er sehe sich somit außer Stande, heute eine Entscheidung zu treffen.

Herr Lorenzen antwortet, dass er auch als nicht umfassend Beteiligter genügend Informationen habe, da er sich selbstständig eingehend informieren würde. Auf Nachfragen würde man auch Antworten erhalten.

Herr Hübner ist der Meinung, dass es aufgrund der Formulierung des Tagesordnungspunktes eine Beschlussvorlage geben müsse. Herr Jürgensen verneint dies. Grundsätzlich seien Beschlussvorlagen nicht vorgeschrieben. Wirtschaftlichkeitsberechnungen, etc. könne es noch nicht geben, weil dafür schlichtweg die Grundlagen noch fehlen würden.

zur Kenntnis genommen

zu 5 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 21.11.2017 liegen keine Einwendungen vor.

zur Kenntnis genommen

zu 6 Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen Vorlage: 0061/2018/AMT/BV

Herr Jürgensen geht kurz auf die vorliegenden Haushaltsüberschreitungen ein.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwal-

tungshaushalt mit 48.517,14 € zu genehmigen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 27 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 7 Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 2. Halbjahr 2017
Vorlage: 0062/2018/AMT/BV

Die geringfügigen Haushaltsüberschreitungen des 2. Halbjahres 2017 belaufen sich auf 15.783,31 €. Herr Jürgensen geht kurz auf die einzelnen Beträge ein.

Beschluss:

Die Information des Amtsvorstehers nach § 4 der Haushaltssatzung für das 2. Halbjahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 8 Prüfung der Jahresrechnung 2017 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt
Vorlage: 0063/2018/AMT/BV

Herr Jürgensen erläutert kurz das Ergebnis der Jahresrechnung 2017. Der Haushalt 2017 sah zu Beginn des Jahres 2017 einen ausgeglichenen Haushalt ohne eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage vor. Im Verwaltungshaushalt haben sich geringfügige Mehrausgaben ergeben, die weitestgehend durch entsprechende Mehreinnahmen gedeckt werden konnten. Zudem haben sich durch sparsame Haushaltsführung Minderausgaben im Bereich der Personalkosten, Bewirtschaftung, Gebäudeunterhaltung, Sachausgaben sowie dem Erwerb von beweglichem Vermögen ergeben.

Am Ende des Jahres hat sich jedoch gezeigt, dass die Aufwendungen für die Unterbringung, Integration und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern trotz Rückgang der Flüchtlingszahlen, unvermindert hoch sind, aber die erwarteten Einnahmen aus Kostenerstattungen sowie Integrations- und Aufnahmepauschalen den Aufwand nicht in dem erwarteten Umfang decken. Bei Ausgaben von rd. 1.491.151 € und Einnahmen in Höhe von 1.098.766 € verbleibt in diesem Bereich ein restlicher Eigenanteil des Amtes in Höhe von 394.385 €.

Aufgrund des deutlich geringerer Deckungsgrad im Bereich der Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz konnte trotz sparsamer Haushaltsführung (Mehreinnahmen/Minderausgaben) im Jahr 2017 kein Haushaltsausgleich erreicht werden, so dass ein restlicher Fehlbetrag in Höhe von 55.588,39 € verblieben ist. Der Fehlbetrag ist spätestens im

zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr zu decken.

Der Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung hat die Jahresrechnung 2017 am 12.03.2018 stichprobenhaft geprüft. Die Hinweise und Bemerkungen des Ausschusses wurden durch die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung ausreichend erklärt, so dass empfohlen wird, die Jahresrechnung festzustellen.

Beschluss:

Der Amtsausschuss nimmt die Stellungnahme über die Prüfung der Jahresrechnung zur Kenntnis und beschließt, die Jahresrechnung 2017, die im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von je 6.156.178,74 € und im Vermögenshaushalt mit Einnahmen von 110.142,21 € sowie Ausgaben in Höhe von 165.730,60 € abschließt, festzustellen.

Der Fehlbetrag des Jahres 2017 in Höhe von 55.588,39 € ist in 2018, spätestens im Jahr 2019 auszugleichen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 27 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 9

Schul-WC-Sanierungsprogramm 2018

Vorlage: 0052/2018/AMT/BV

Bgm. Herrmann erläutert den Sachverhalt. Die WC-Anlage der Grundschule Haseldorf wurde im Jahr 1970 errichtet. Eine Sanierung der WC-Anlagen in der Grundschule mache nach 48 Jahren, gerade mit einer möglichen Förderung von max. 80.000 € grundsätzlich Sinn.

Hierzu ist ein Sanierungskonzept mit Kostenschätzung zur Antragstellung erforderlich. Das Ingenieurbüro AquaConsulting hat bereits in 2017 sechs Maßnahmen im Rahmen des „Schul-WC-Sanierungsprogrammes“ erfolgreich begleitet.

Beschluss:

Bei Neuauflage des „Schul-WC-Sanierungsprogramms“ beschließt der Amtsausschuss die WC-Sanierung der Grundschule Haseldorf.

Es wird das Büro AquaConsulting bezüglich des Sanierungskonzepts mit Kostenschätzung inklusive Antragstellung beauftragt.

Die erforderlichen Gelder bis maximal 127.000,- € (-80.000,- € Fördergelder) sind im Haushalt des Amts Geest und Marsch Südholstein eingeplant und werden von den Schulträgern der Gemeinden Haselau und Haseldorf anteilig finanziert.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 3 Nein: 0 Enthaltung: 24

zu 10 Haushaltssatzung 2018
Vorlage: 0064/2018/AMT/HH

Herr Jürgensen erläutert die wesentlichen Inhalte anhand einer Präsentation.

Herr Rahn-Wolff erläutert, dass er nach der Sitzung des Hauptausschusses darum gebeten hatte, eine Beschlussvorlage über die Veränderungen im Stellenplan mit entsprechenden Erläuterungen zu erstellen. Den Inhalt dieser Präsentation hätte es auch als Beschlussvorlage im Vorwege zu dieser Sitzung geben können. Alle neuen Stellen oder die Veränderungen bei vorhandenen Stellen seien mit Ausnahme der Stelle für den Datenschutz diskussionswürdig. Es sollte an jeder Stelle, die neu geschaffen wird oder verändert wird ein Vermerk in den Stellenplan, dass diese Stellen einer einzelnen Genehmigung des Amtsausschusses bedürfen.

Herr Weinberg ist der Meinung, dass der Stellenzuwachs zu hoch ist. Es müsse aufgrund der Haushaltslage umgedacht werden. Herr Weinberg nennt die Stellen zur Versorgung der Flüchtlinge und fragt, ob diese noch wie eingeplant notwendig sind. Herr Jürgensen antwortet, dass die Flüchtlingszahlen zurzeit wieder leicht steigen würden und dass mit einem Zuwachs weiterhin zu rechnen sei. Außerdem erläutert Herr Jürgensen, dass der Personalbedarf laufend überprüft werde. Stetige Aufgabenzuwächse würden zu mehr Bedarf führen. Als Beispiel nennt Herr Jürgensen die Ausweisung eines neuen Baugebietes. Der Zuwachs an Einwohnern führt zu einem Aufgabenzuwachs im ganzen Haus. Außerdem würden laufend die Bedürfnisse der Gemeinden selbst, vor allem der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, steigen, so dass es hierbei auch zu einer erhöhten Belastung der Mitarbeiterschaft kommt. Frau Förthmann ergänzt aus Sicht des Personalrates, dass ohne Ende Überstunden aufgebaut werden, die teilweise nicht mehr abbaubar sind. Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen müsse man im Auge haben und nicht nur die Finanzen.

Herr Herrmann bittet darum, den Veränderungen des Stellenplanes zuzustimmen. Die Belastung sei mittlerweile in vielen Bereichen zu hoch. Ein Beispiel sei z.B. der Bereich der Techniker, wo es einen Bedarf für Zuwachs gebe. Die Bedürfnisse der Gemeinden steigen. Der Stellenplan sei das Letzte, was diskussionswürdig ist.

Auch Frau Homeyer und Herr Voswinkel sprechen sich für eine Zustimmung zum Stellenplan aus. Jede Gemeinde habe bereits selbst erlebt, dass Anfragen oder Aufträge nicht rechtzeitig oder auch gar nicht bearbeitet werden können.

Herr Rahn-Wolff zeigt Verständnis für die Ausführungen von Frau Förthmann. Allerdings müssen seiner Meinung nach die Hintergründe für die erhebliche Zahl an Überstunden oder der Bedarf an einigen Stellen diskutiert werden. Hier sei auch der Amtsdirektor gefordert. Herr Jürgensen entgegnet, dass Überstunden kaum zu verhindern seien, wenn nun mal die Anfragen und Aufträge aus den Gemeinden vorliegen würden, die ja auch bearbeitet werden müssen.

Frau Osterhoff dankt den Mitarbeitern des Fachbereichs Planen und Bauen, die die baulichen Projekte der Gemeinde Appen mit hohem Einsatz

begleiten. Trotzdem gebe es Sorgen in der Gemeinde Appen, dass künftig Projekte nicht mehr zeitnah und so umfassend begleitet werden könnten. Die Forderung von Herrn Herrmann für einen weiteren Techniker wird daher Ihrerseits unterstützt. Herr Jürgensen antwortet, dass zu bedenken ist, dass nach dem Einsatz des FB Planen und Bauen die weiteren Fachbereiche tätig werden müssen. Die Grundstückseigentümer werden veranlagt, Kinder müssen in die KiTa oder in die Schule, usw..

Herr Plettenberg erläutert, dass die Gemeinde Moorrege 680.000 € an das Amt zahlt. Dafür könne die Gemeinde auch entsprechende Leistungen verlangen. Der Amtsumlagesatz konnte auch deswegen nur gehalten werden, weil die Gemeinde Moorrege 80.000 € mehr zahlen würde. Ein Personalzuwachs von 10 % passe nicht in die heutige Zeit. Herr Rahn ergänzt, dass ein Defizit in Höhe von 40 % in der freien Wirtschaft als Missmanagement bezeichnet werden würde. Herr Jürgensen antwortet, dass 350.000 € bereits durch den hervorragenden Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingespart worden sind, so dass sich das Defizit nur noch auf 55.000 € belaufen würde. Dafür sei auch mal ein Dank fällig, anstatt immer mehr Leistung zu fordern, ohne an anderer Stelle nachzubessern. Das wäre in der freien Wirtschaft kein Missmanagement, sondern hätte zu einer Bonuszahlung geführt. Herr Schölermann ergänzt, dass alle Gemeinden, aber vor allen die Gemeinde Moorrege, mal den Aufwand für ihre Pflichtaufgaben und ihre freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben trennen müssten. Wenn man dann die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben streichen würde, würde es wohl mit dem vorhandenen Personal ohne weiteres zu leisten sein.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Haushaltssatzung für das Jahr 2018, mit Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von insgesamt 6.812.900 € sowie Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt in Höhe von 315.200 €.

Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beläuft sich auf 63,27 Stellen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 250.000 € festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kredite für Investitionen wird auf 0 € festgesetzt. Der Amtsumlagesatz beträgt 13,50 %.

Die Zusatzumlage (Schulumlage) nur für die Gemeinden Haselau und Haseldorf ist auf 355.500 € festgesetzt.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 23 Nein: 4 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 11 Investitionsprogramm 2017-2021

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt das Investitionsprogramm für die Jahre 2017 bis 2021 in Höhe von 746.800 €.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 27 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 12 Verschiedenes

Herr Lorenzen verweist auf einen Artikel vom 18.04.2018 in den Ueterse-ner Nachrichten, der die Schlagzeile „Appen verweigert Schulverband“ trug. In dem Artikel wurde Herr Weinberg zur Frage über den Stand der Verhandlungen mit der Gemeinde Appen zur Aufnahme dieser in den Schulverband mit den Worten zitiert, dass sich die Gemeinde Appen ganz klar gegen eine Mitgliedschaft im Schulverband entschieden habe. Herr Lorenzen berichtet von einem Gespräch zwischen Herrn Weinberg, Herrn Banaschak und seiner Person. Aus dem Protokoll zu diesem Gespräch sei ganz klar zu entnehmen, dass die Gemeinde weiterhin gesprächsbereit sei. Streitpunkt sei der § 13 der Verbandssatzung, der die Deckung des Finanzbedarfs regelt. Das Interesse an einer Aufnahme in den Schulverband sei nach wie vor da. Es könne nicht sein, dass der Vorstandsvorsteher Unwahrheiten in der Presse verbreiten würde. Herr Weinberg erklärt, dass es ein Gespräch gegeben hat, zu dem er die Vertreter der Gemeinde Appen eingeladen hat. Das Thema einer Satzungsanpassung sei erst in diesem Gespräch erstmalig aufgetaucht. Herr Banaschak entgegnet, dass nur er persönlich eingeladen wurde und nicht die Vertreter der Gemeinde Appen.

Herr Reißler beendet die Diskussion mit der Aussage, dass dieses Thema nicht in den Amtsausschuss gehört.

zur Kenntnis genommen

zu 14 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Es sit keine Öffentlichkeit mehr anwesend, so dass eine Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse nicht erfolgt.

Herr Reißler bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt um 22.35 Uhr die Sitzung.

zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.06.2018

gez. Walter Reißler
Vorsitzender

gez. Frank Wulff
Protokollführer